



POLITIK / REDAKTION

Indien, Pakistan - egoparteiliche Aktionen ...

(SB) - Am morgigen 11. April fangen in Indien die Wahlen zum Bundesparlament in Neu-Delhi an und dauern wegen der Größe des Landes und der Anzahl der stimmberechtigten Bürger - etwa 900 Millionen - sowie der unterschiedlichen Handhabung des Urnengangs in den einzelnen Gliedstaaten bis zum 19. Mai. Spätestens am 22. Mai soll die Stimmenauszählung beendet sein und das offizielle Endergebnis vorliegen. Man rechnet mit einem knappen Sieg der ... (Seite 3)

POLITIK / KOMMENTAR

Wohnraum - wenn die Eigentumsfrage gestellt wird ...

(SB) - "Knapp 30 Jahre nach dem Fall der Mauer wird die Karl-Marx-Allee so zum Pionier der Wiedereinführung des Sozialismus. Es lebe die Revolution." Das schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die nach einer Umfrage entsetzt feststellen mußte, daß eine Mehrheit der Befragten der Forderung nach Enteignung von Immobilienunternehmen zugestimmt hatte. [2] Wenngleich nur wenigen in allen Aspekten klar sein dürfte, was genau mit "Enteignung" in diesem Zusammenhang gemeint ist und ... (Seite 5)

Rechtsextreme "Europäische Allianz" zu EU-Wahlen

AfD-Chef Meuthen: EU soll "europäische Festung" werden

von Gerhard Feldbauer, 10. April 2019

Gerhard Feldbauer - Auf einer laut dem linken *Manifesto* "großaufgezogenen medialen Show" hat der Führer der faschistisch-rassistischen Lega Italiens und Vizepremier der Regierung, Matteo Salvini, am Montag im luxuriösen Hotel Gallia in Mailand mit drei Vertretern rechtsextremer EU-Parteien die Bildung einer "Europäischen Allianz der Völker und Nationen" (European Alliance of People and Nations - EAPN) angekündigt, die "zur stärksten Fraktion im EU-Parlament" werden soll. Neben der deutschen AfD mit ihrem Chef Jörg Meuthen waren die Dansk Folkeparti aus Dänemark mit Anders Vistisen und die finnische Finns Party mit Olli Kontro erschienen. Mit Frankreichs Marine Le Pen vom französischen Rassemblement National (RN), Österreichs Chef der neofaschistischen FPÖ, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, und Ungarns Regierungschef Viktor Orbán vom Fidesz waren Spitzenleute der Rechtaußen-Parteien Europas nicht erschienen. Auch die polnische Regierungspartei PiS war zunächst nicht mit von der Partie. Nicht gerade "ein guter Sprint", meinte *Manifesto*.

Während Salvini vergangene Woche noch davon gesprochen hatte, daß bis zu 20 Parteien und Bewegungen dem neuen Bündnis beitreten würden, war jetzt laut der Nachrichtenagentur ANSA nur noch von etwa zehn die Rede. Dazu würden mit Fidesz und Spaniens Vox, die seit den Regionalwahlen vom Dezember im Regionalparlament von Andalusien vertreten ist, weitere Gespräche geführt.

Zur Eröffnung des Treffens hatte Salvini laut ANSA auch noch davon gesprochen, daß sofort in fast allen EU-Ländern mit dem Aufbau von Parteien der Allianz begonnen werde und dazu "Kommissare" eingesetzt werden sollten. Offensichtlich waren nicht alle Teilnehmer mit dem von ihm vorgelegten Tempo und auch seinen Führungsambitionen einverstanden. Denn auf der abschließenden Pressekonferenz ruderte er zurück und erklärte: "Heute entsteht der erste Kern einer großen europäischen Familie", die EAPN werde erst nach der EU-Wahl gebildet. Obwohl AfD-Chef Meuthen Salvini als selbsternannten Führer der Alliance un-

terstützte und meinte, er wäre "ein perfekter Kandidat" für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten, dementierte dieser, als Spitzenkandidat anzutreten. Er werde aber an der Spitze seiner Lega überall in Italien kandidieren. Jüngste Meinungsumfragen, die die römische "La Repubblica" am Dienstag veröffentlichte, sehen ihn mit 31,8 Prozent als stärkste Partei Italiens an der Spitze.

Olli Kotrop (Die Finnen) warnte vor der Gefahr eines "europäischen Super-Staates", an dem Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron arbeiteten. AfD-Chef Meuthen nutzte die Gelegenheit, Kanzlerin Merkel zu kontern und forderte, die EU-Außengrenzen zu schützen, um "Europas reiches Erbe" zu verteidigen. Dazu werde "die illegale Migration in die EU hinein auf Null reduziert". Man müsse "eine europäische Festung sein, wo wir selber beschließen, wer kommen darf und wer nicht". Salvini und seine Lega "bezeugten", daß das zu machen ist.

Meuthen betonte, es gebe weitere künftige Mitglieder der Fraktion, die "sich uns anschließen werden". Willkommen seien alle, "für die Attribute wie konservativ, freiheitlich und patriotisch mehr sind als leere Worthülsen". "Nicht willkommen sind uns Sozialisten, Kommunisten, Ökofaschisten und Extremisten - und zwar aus dem linken wie aus dem rechten Lager."

FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky teilte am Dienstag auf Twitter ein Dokument, in dem sich die FPÖ dem "gemeinsamen patriotischen Projekt" anschließt.

"Auch die EU-Abgeordneten der FPÖ werden nach der Wahl dem in Mailand von @matteosalvini mi präsentierten Reformbündnis selbstverständlich gerne beitreten", schrieb Vilimsky. AfD-Chef Meuthen zeigte sich erfreut. "Ein ganz herzliches Willkommen, @HCStracheFP, @vilimsky und all unsere Freunde von der #FPÖ! Ich freue mich riesig auf die künftige Zusammenarbeit, nun auch endlich in gemeinsamer Fraktion", schrieb er auf Twitter.

Was "Europa" von diesem von Salvini geführten Bündnis zu erwarten hat, demonstrierten in den vergangenen Tagen in Rom die international vernetzten faschistischen Stoßtrupps Casa Pound und Forza Nuova der Lega, die eine Umsiedlung von Roma in der Hauptstadt mit Drohungen "wir werden euch alle töten" verhinderten.

Um der angekündigten Bildung der rechtsextremen Alliance den nicht ganz erreichten Auftrieb zu verschaffen, gab Salvini auf der Pressekonferenz bekannt, daß die verbündeten Partner zum Abschluß der EU-Wahlkampagne am 18. Mai in Mailand zu einer Großveranstaltung zusammenkommen werden.

M5S-Chef und Vizepremier Luigi Di Maio schwimmen die Felle davon. Ihm sagen die Umfragen von erreichten 32 Prozent bei den italienischen Wahlen im März vergangenen Jahres zum EU-Votum ein Absinken auf 22 Prozent voraus. Er bemüht sich um Distanz zur Lega und will eine Fraktion mit der rechten polnischen Oppositionspartei Kukiz'15, der ähnlich angesiedelten oppositionellen "Zivi zid" (Lebende Mau-

er) aus Kroatien sowie mit der finnischen Bewegung Liike Nyt und einer griechischen Gruppierung bilden.

In diese Tendenz paßt auch die Meldung vom Dienstag, laut der ein Urenkel des italienischen faschistischen Diktators Benito Mussolini, Caio Giulio Cesare Mussolini für die faschistische Partei "Fratelli d'Italia" für die EU-Wahl kandidiert. "So viele wollen 'Mussolini' auf ihre Wahlzettel schreiben", erklärte er. "Deshalb habe ich entschieden, daß das Motto meiner Kampagne #ScriviMussolini (schreib Mussolini) ist. Und ich muß sagen, es gefällt", sagte er der römischen Zeitung *Il Messaggero* (Dienstag).

Parteichefin Giorgia Meloni habe ihn nicht nur wegen seines Namens ausgewählt, sondern "für das, was ich in meinem Leben gemacht habe: Offizier bei der Marine, Manager von großen Unternehmen, zwei Uniabschlüsse, viel internationale Erfahrung".

Zuletzt hatte der italienische Präsident des EU-Parlaments, Antonio Tajani, mit einer Bemerkung über Mussolini Empörung ausgelöst. Der habe vor der Einführung der Rassengesetze und vor der Kriegserklärung "an die ganze Welt" auch "einige positive Dinge getan", sagte Tajani Mitte März.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/meinung/eums0066.html>

Indien, Pakistan - egoparteiliche Aktionen ...

(SB) 10. April 2019 - Am morgigen 11. April fangen in Indien die Wahlen zum Bundeparlament in Neu-Delhi an und dauern wegen der Größe des Landes und der Anzahl der stimmberechtigten Bürger - etwa 900 Millionen - sowie der unterschiedlichen Handhabung des Urnengangs in den einzelnen Gliedstaaten bis zum 19. Mai. Spätestens am 22. Mai soll die Stimmenauszählung beendet sein und das offizielle Endergebnis vorliegen. Man rechnet mit einem knappen Sieg der regierenden, hindu-nationalistischen Bharatiya Janatha Party (BJP) um Premierminister Narendra Modi. Trotz hoher Arbeitslosigkeit in den Städten und niedriger Erzeugerpreise für die Bauern auf dem Land wird es laut den Demoskopern der linksliberalen Kongreßpartei um Rahul Gandhi vermutlich nicht gelingen, die BJP von der Macht zu verdrängen. Entscheidend für den Ausgang der Wahl dürfte die anti-pakistanische und anti-muslimische Hysterie sein, die Modi seit dem Pulwama-Vorfall, als am 14. Februar 44 indische Soldaten beim Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi in dem von Indien besetzten Teil Kaschmirs ums Leben kamen, schürt.

Zu dem Anschlag bekannte sich die Gruppe Jaisch-e-Mohammed (J-e-M), die aus Pakistan heraus operiert. Dennoch stellt sich die Frage, woher der Attentäter, ein junger Moslem aus Kaschmir namens Adil Ahmad Dar, der seit Monaten verschwunden war, die

riesige Menge Sprengstoff, mit der sein Wagen vollgepackt war, hatte. Man vermutet, daß das Material nicht aus Pakistan nach Kaschmir hineingeschmuggelt wurde, sondern von einer Baustelle an der Überlandstraße, auf der sich der Anschlag ereignete, stammte. Eine solche Erklärung für die Herkunft der Bombe läßt den Verdacht zu, hier könnte auch der indische Geheimdienst seine Finger im Spiel gehabt haben. Schließlich kommt es seit Jahren in verschiedenen Teilen Indiens immer wieder zu Anschlägen, die BJP-nahe Hindufanatiker und Teile des Sicherheitsapparats durchführen, um das Gespenst einer islamischen Gefahr zu beschwören und die muslimischen Mitbürger als potentielle Staatsfeinde hinzustellen.

Jedenfalls ist den offiziellen Stellungnahmen indischer Regierungs- und Behördenvertreter zum Pulwama-Vorfall wenig Glaubwürdigkeit beizumessen. Zu sehr haben sich Modi und die BJP in den vergangenen Tagen in Falschmeldungen und widersprüchlichen Aussagen zu der laufenden Militärkonfrontation mit Pakistan verwickelt, als daß man ihnen auch nur ein Wort glauben könnte. Am 26. Februar führten zwölf indische Kampffjets vom französischen Typ Mirage zur Vergeltung zum ersten Mal seit 1971 einen Angriff gegen Ziele in Pakistan durch. Die Operation wurde anschließend von Modi und den indischen Medien groß gefeiert. Das Verteidigungs-

ministerium in Neu-Delhi ließ verlauten, man habe erfolgreich ein "Ausbildungslager" der J-e-M dem Boden gleichgemacht und 250 bis 300 "Terroristen" liquidiert. Später stellte sich heraus, daß die indischen Kampffjets kurz nach dem Eindringen in den pakistanischen Luftraum von aufgestiegenen Militärmaschinen Pakistans vertrieben worden waren, ihre Bombenfracht über einem Wald in einer Gegend namens Balakot abgeladen und dabei lediglich Umweltschäden sowie Risse in den Wänden eines nahegelegenen Bauernhauses verursacht haben sollen.

Am 27. Februar kam es im Himmel über dem geteilten Kaschmir zu einem Luftkampf, bei dem die Inder den kürzeren zogen. Ein indischer Kampffjet vom russischen Typ Mig-21-Bison wurde über dem pakistanischen Teil Kaschmirs abgeschossen und sein Pilot, Abhinandan Varthaman, gefangen genommen. Die pakistanische Armee hat den Oberleutnant davor gerettet, von einem aufgebrachten Mob gelyncht zu werden. Wenige Tage später hat Pakistans Premierminister Imran Khan den indischen Offizier einfach so nach Hause zurückkehren lassen. Wegen der Demütigung behauptete die BJP-Regierung, bei der Schießerei am Himmel hätten die Pakistaner Kampffjets vom Typ F-16 aus den USA benutzt und dabei auch eine Maschine verloren. Mit der Behauptung wollte Neu-Delhi offenbar Islamabad gegenüber Washing-

ton in Mißkredit bringen. Bisher hat es jedoch keine Bestätigung für die Angabe der Inder gegeben. Die Pakistaner beteuern, keine F-16s eingesetzt zu haben, während Experten aus den USA bescheinigen, daß der Bestand der pakistanischen Luftwaffe an dieser Maschinensorte nach wie vor komplett ist.

Anfang März hat die pakistanische Polizei eine Reihe von Razzien gegen verschiedene dschihadistische Gruppen durchgeführt und mehrere Personen, darunter bekannte J-e-M-Mitglieder, festgenommen. Um die Wogen zu glätten und nicht von der in Paris ansässigen Financial Action Task Force (FATF) wegen Unterstützung des Terrorismus mit Wirtschaftssanktionen belegt zu werden, will Islamabad sämtlichen Gruppen wie J-e-M und Laschkar-e-Taiba, welche das pakistanische Militär vor Jahrzehnten zwecks Stellvertreterkrieg in Kaschmir gefördert hat, das Handwerk legen. Dies gab am 9. April Premierminister Khan bei einer Gesprächsrunde in seinem Amtssitz mit Vertretern der pakistanischen und der internationalen Presse bekannt.

Die längst fällige Maßnahme der Pakistaner dürfte keinen nennenswerten Beitrag zur Lösung des Kaschmir-Konflikts leisten. Dort hat die harte Hand, mit der Neu-Delhi seit dem Amtsantritt Modis als Premierminister 2014 die Region verwaltet, die Krise um ein Vielfaches verschärft. Die 14 Millionen, mehrheitlich muslimischen Kaschmiris, von denen der eine Teil den Anschluß an Pakistan, der andere die Unabhängigkeit der Region will, leiden unter der Militärbesatzung durch

700.000 indische Soldaten sehr. Proteste der Zivilbevölkerung werden seit Jahren von den indischen Soldaten brutal niederschlagen. 10.000 Menschen sind durch Gummigeschosse verletzt worden, mehr als 1000 von ihnen haben wegen Schüssen zum Kopf das Augenlicht für immer verloren.

Statt mit Pakistan eine gemeinsame Friedenslösung für Kaschmir zu suchen, will Modi den Repressionskurs verstärken. Am 8. April hat die BJP-Regierung angekündigt, bei der nächsten Legislaturperiode den bisher autonomen Status Kaschmirs aufheben zu wollen. Unter dem Vorwand des Ausbaus der Infrastruktur will Neu-Delhi den Kauf kaschmirischen Bodens durch Menschen aus anderen Teilen Indiens erstmals gestatten. Ähnlich wie sich Israel durch den ständigen Ausbau jüdischer Siedlungen in Westjordanland des palästinensischen "Problems" demographisch entledigt, wollen sich die Hindu-nationalisten offenbar Kaschmir einverleiben. Unter Modi florieren bereits die indisch-israelischen Beziehungen. Der Kampf gegen den "islamischen Terrorismus" eint die Machthaber in Tel Aviv und Neu-Delhi. In den letzten Jahren ist Indien zum wichtigsten Kunden der israelischen Rüstungsindustrie aufgestiegen. Man kann davon ausgehen, daß das perfide Bevölkerungsaustauschprojekt an den südlichen Ausläufern des Himalaya nicht weniger blutig und grausam ablaufen wird als jenes, das seit Jahrzehnten Palästina erschüttert.

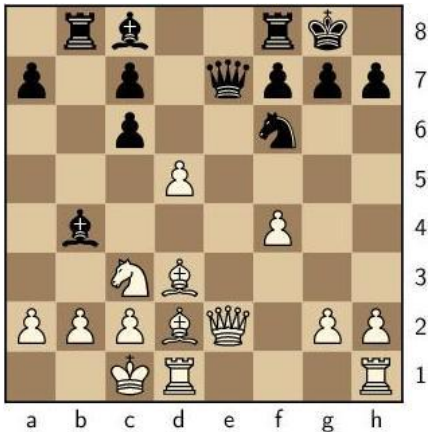
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asiae-927.html>

SCHACH - SPHINX

Indische

Eigentümlichkeit

(SB) - Im alten Indien kannte man keinen Läufer. Zumindest fand dieser Name für die Schachfigur keine Verwendung. Statt dessen sprach man vom Elefanten. Es war schon immer ein hervorstechendes Merkmal einer jeden Kultur, in der das Schachspiel gedieh, daß sie ihre eigenen Wertigkeiten und Symbole zum Grundmaß für die Benennung der Figuren machte. Die Franzosen kannten einen "Narren" auf dem Schachbrett, die Engländer hielten es da religiöser mit ihrem "Bischof". Auch die Gangart der Figuren unterlag zuweilen einem epocheweisenden Wandel. Hier und da wurden kulturelle Eigenständigkeiten ins Spiel hineingetragen. In einem alten arabischen Text lesen wir beispielsweise über den 'indischen Läufer': "Und sie lassen auf dem Schachbrett den Elefanten um ein Feld, wie den Fussgänger, geradeaus gehen, nicht aber nach den übrigen Seiten hin, ausserdem nach der Richtung aller vier Winkel. Sie sagen, diese Felder seien die Plätze für die Extremitäten des Elefanten, d.i. für den Rüssel und die vier Füße." Der Elefant konnte also, einmal angenommen er steht auf d4, sich nach d5, e5, c5, c3 und e3 bewegen. Der schwarze Läufer auf b4 im heutigen Rätsel der Sphinx hatte nichts Elefantisches an sich, und doch sorgte er dafür, daß die weiße Stellung in ihren Grundzügen erschüttert wurde, Wanderer.



Slonim - Rjunim
UdSSR 1931

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Die weiße Majestät steckte arg in der Bredouille, und nach 1...Le5xg3! 2.f2xg3 Tg7xg3 3.Se2xg3 Tg8xg3 4.Te1-e2 Lh3-g2+ 5.Kh1-g1 Lg2-f3+ 6.Kg1-f2 Tg3-g2+ wurde ihr das Leben doch allzu fad.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06893.html>

*Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...*

Kommentare ... Interviews ...

Reportagen ... Textbeiträge ...

Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

Wohnraum - wenn die Eigentumsfrage gestellt wird ...

Enteignungen sind nun wirklich sozialistische Ideen und haben mit bürgerlicher Politik nichts zu tun. Wer das Eigentum nicht mehr respektiert, ändert unsere Gesellschaft von Grund auf.
Der CSU-Vorsitzende Markus Söder zu Robert Habecks Gedankenspiel [1]

(SB) 10. April 2019 - "Knapp 30 Jahre nach dem Fall der Mauer wird die Karl-Marx-Allee so zum Pionier der Wiedereinführung des Sozialismus. Es lebe die Revolution." Das schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die nach einer Umfrage entsetzt feststellen mußte, daß eine Mehrheit der Befragten der Forderung nach Enteignung von Immobilienunternehmen zugestimmt hatte. [2] Wenngleich nur wenigen in allen Aspekten klar sein dürfte, was genau mit "Enteignung" in diesem Zusammenhang gemeint ist und was explizit nicht, wird doch eines offenkundig: Der gravierende Mangel an bezahlbarem Wohnraum macht so vielen Menschen zu schaffen, daß dies als eine der wichtigsten sozialen Fragen empfunden wird, die nach bislang gemiedenen Lösungen drängen. Selbst ein so erfolgreich tabuisierter Begriff wie "Enteignung" löst heute bei wachsenden Teilen der Gesellschaft keinen automatischen Abwehrreflex mehr aus.

Das mag die heftige und teils erbittert geführte Kontroverse erklären, die von den politischen Parteien seit Tagen auf allen Kanälen geführt wird. Den Anstoß hat das Berliner Bündnis "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" gegeben, das mit einem

Volksentscheid die Enteignung privater Unternehmen herbeiführen will, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Im Fokus steht die Immobilienfirma Deutsche Wohnen, der rund 160.000 Wohnungen im Bundesgebiet, davon fast 112.000 in Berlin gehören. In einer vielbeachteten Stellungnahme erklärte der Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, er könne sich unter bestimmten Bedingungen die Enteignung großer Wohnungskonzerne vorstellen. Zeigten andere Maßnahmen keinen Erfolg, um für ausreichend günstigen Wohnraum zu sorgen, müsse notfalls die Enteignung folgen. Das Grundgesetz sehe solche Enteignungen zugunsten des Allgemeinwohls grundsätzlich vor. Es wäre doch absurd, das nur anzuwenden, um neue Autobahnen zu bauen, aber nicht, um gegen die grassierende Wohnungsnot vorzugehen.

Dem entgegnete der FDP-Vorsitzende Christian Lindner in einem durch und durch marktliberalen Credo, die Debatte über Enteignungen großer Wohnungsbauunternehmen verschrecke Investoren. Habeck nutze eine "brandgefährliche Klassenkampfrhetorik, mit der man den Rechtsstaat beschädige". Der Wohnungsmarkt zeige nur die Knappheit an, die

politisch verursacht worden sei. Wie Lindner weiter argumentierte, wäre viel gewonnen, würde der Staat schneller Bauanträge genehmigen, mehr Bauland freigeben und Dächer ausbauen lassen. Oft seien es Linke und Grüne, die das wie in Berlin bremsen. Die staatlichen Bauvorgaben würden immer schärfer, und die Grundsteuer steige. Betroffen von einer Enteignung von Wohnungen "wären nicht anonyme Spekulanten, sondern alle, die private Vorsorge betreiben, weil zum Beispiel viele Versicherungen in Wohnungen anlegen", so Lindner.

Nicht minder scharf kritisierte der CSU-Vorsitzende Markus Söder die Gedankenspiele Habecks: "Enteignungen sind nun wirklich sozialistische Ideen und haben mit bürgerlicher Politik nichts zu tun. Wer das Eigentum nicht mehr respektiert, ändert unsere Gesellschaft von Grund auf." Habecks Vorstoß bewiese, daß die Grünen im Kern doch eine linke Partei seien. Ins selbe Horn stieß die Bundeskanzlerin: Sie halte "die Enteignung von Wohnungskonzernen nicht für ein geeignetes Mittel zur Linderung der Wohnungsnot", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Der Schlüssel für bezahlbaren Wohnraum sei, eine ausreichende Zahl von Wohnungen zur Verfügung zu haben. Dafür sehe der Koalitionsvertrag eine Vielzahl von Maßnahmen vor. Es sei der Kanzlerin und der gesamten Bundesregierung sehr bewußt, daß der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum "ein großes Thema für die Menschen ist" und daß Mieten und Immobilienpreise gerade für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eine Bela-

stung darstellten. Die Antwort darauf sei aber nicht Enteignung, betonte Seibert.

Worum es in dieser parteipolitischen Kontroverse in erster Linie geht, brachte Katja Kipping auf den Punkt. Die Debatte über das Thema sei "aussagekräftiger als jedes Wahlprogramm". "Wer günstigen Wohnraum will und bereit ist, sich mit den Immobilienkonzernen anzulegen, der wird in Union, FDP und AfD die härtesten Gegner finden", sagte die Vorsitzende der Linken. Die Wohnungsfrage sei mitentscheidend nicht nur in den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen, sondern stelle bereits die Weichen für den kommenden Bundestagswahlkampf. Die Grünen sieht sie vor der Entscheidung, ob sie "eine Wohlfühlpartei mit großen Überschriften im Schoß der marktradikalen Union werden wollen" oder ob sie mit der Linken und der SPD die sozialen Mißstände an der Wurzel lösen möchten. [3]

Wie das mit den Sozialdemokraten möglich sein sollte, bleibt jedoch ebenso ihr Geheimnis wie die Reichweite entschiedener Forderungen ihrer eigenen Partei. "Es geht nicht um entschädigungsloses Enteignen", betonte denn auch der Co-Vorsitzende Bernd Riexinger. Enteignungen könnten nur auf gesetzlichem Wege und gegen Entschädigungszahlungen erfolgen. Schwebt der Linken tatsächlich vor, dieselben Wohnungen, die sie zwischen 2001 und 2011 als Mitglied des Berliner Wowerait-Senats an Spekulanten mitverschербelt hat, für eine immense Summe zurückzukaufen?

Erinnern wir uns: Vor 15 Jahren wollte Berlin die landeseigene GSW-Gruppe mit rund 65.700 Wohnungen loswerden. Der rote Senat unter Klaus Wowerait und dem damaligen Finanzsenator Tilo Sarrazin verkaufte sie für 405 Millionen Euro, im Schnitt lächerliche 8000 Euro pro Wohnung. Der Marktwert des inzwischen auf über 111.000 Wohnungen angewachsenen Berliner Bestandes von Deutsche Wohnen, bei der die GSW 2013 landete, lag 2018 bei 23,2 Milliarden Euro. [4] Sollte die Enteignungsinitiative Erfolg haben, rechnet der Senat mit Entschädigungen um die 30 Milliarden Euro. Das entspricht einem Jahreshaushalt des Landes Berlin. Diese gewaltige Summe soll samt Zinsen aus den Mieteinnahmen zurückgezahlt, also auf die Mieten umgelegt werden. Zusätzlich wären zwei bis vier Milliarden Eigenkapital notwendig, die dann im Haushalt für dringend benötigte Sozial- und Infrastrukturausgaben fehlen.

Sarrazin verteidigt heute noch die damalige Entscheidung, die man aus der Zeit verstehen müsse. Alle sechs Wohnungsbaugesellschaften der Stadt seien in einem fürchterlichen Zustand, nicht ausreichend saniert und am Rande der Verschuldung gewesen. Er habe 2002 ein laufendes Verkaufsverfahren der GSW zunächst gestoppt, 2003 wieder aufgenommen, weil sich die Nachfrage belebte, und für damalige Verhältnisse einen guten Kaufpreis erzielt. Für die Mieter habe sich ja gar nichts geändert, behauptet er dreist. Die heutige Situation am Berliner Markt liege zum großen Teil daran, daß der Senat seit Jahren versäumt habe,

bauen zu lassen. Auch Wowereit verteidigt die Verkaufsentscheidung: "Aus der damaligen Zeit war es zu rechtfertigen: Denn Berlin hatte einen riesigen Wohnungsleerstand (rund 150.000) und die Bevölkerungsprognosen gingen nicht von einem Zuwachs aus." Heute würde man es nicht mehr machen, räumt er immerhin ein. Von Enteignungen hält er nichts. In erster Linie müsse gebaut und die Instrumentarien zur Eindämmung ungerechtfertigter Mietsteigerungen sollten konsequent genutzt werden. Wowereits Nachfolger als Regierender Bürgermeister, Michael Müller, der damals SPD-Fraktionschef war, hat den Verkauf inzwischen als Fehler bezeichnet. [5]

Vor einem Jahr fand in Berlin schon einmal eine Großdemonstration von 25.000 Menschen gegen dramatisch steigende Mieten statt. Seither hat sich die Lage weiter verschärft, denn immer mehr Wohnungen werden von Investoren aufgekauft, die die Mieten erhöhen und Menschen aus ih-

ren Wohnungen vertreiben. Daß nun allein in der Hauptstadt bis zu 40.000 Demonstrierende unter dem Motto "Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahn-sinn" auf die Straße gegangen sind, zeugt von wachsendem Widerstand. Die dieser Tage vielzitierte "Enteignung" im Sinne des noch nie angewendeten Artikels 15 des Grundgesetzes kann indes angesichts der dabei vorgesehenen Entschädigung nicht mehr als ein zahnloser Tiger sein. Wenngleich die Lindners und Söders von Klassenkampfretorik und Sozialismus faseln, als sei dies der Inbegriff absurder und verwerflicher Geisteshaltung, steht bislang keineswegs eine entschädigungslose Enteignung von Miethäusern wie Deutsche Wohnen, Vonovia, ADO Properties, TAG Immobilien, Franell Consulting und anderen zur Diskussion. Sollte ihr Bestand tatsächlich rekommunalisiert werden, würde die hohe Entschädigungssumme deren profitables Verwertungsverfahren nicht beenden, sondern geradezu als Erfolgsmodell bekräf-

tigen. Die Eigentumsfrage eröffnet die Fronten - aber nur dann, wenn sie aufrechterhalten wird.

Anmerkungen:

[1] www.merkur.de/politik/enteignungs-debatte-lindner-geht-auf-ha-beck-los-brandgefaehrliche-klassen-kampf-rhetorik-12142124.html

[2] www.wsws.org/de/articles/2019/04/06/miet-a06.html

[3] www.welt.de/politik/deutschland/article191644465/Enteignung-Christian-Lindner-rechnet-mit-Ha-beck-und-den-Gruenen-ab.html

[4] www.jungewelt.de/artikel/352665.nuechtern-bleiben.html

[5] www.bild.de/politik/inland/politik-inland/enteignungs-debatte-warum-sarrazin-und-wowereit-berlins-wohnungen-verkauften-61147500.bild.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1189.html>

POLITIK / WIRTSCHAFT / TELEKOMMUNIKATION

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Indigene Mobilfunkanlage mit Solarbetrieb in Oaxaca

(*Mexiko-Stadt, 3. April 2019, desinformémonos*) - Der Bürgerverband Telecomunicaciones Indígenas Comunitarias (TIC) hat am 30. März 2019 eine technische Mobilfunk-Lücke an drei Orten in Oaxaca geschlossen. Die Mikroregion Rincón El Alto im Bezirk

Ixtlán de Juárez konnte so mit einem verbesserten Telefonnetz versorgt werden. Damit versorgen nun insgesamt 16 Gemeinde-Mobilfunkbetreiber mittlerweile 65 Gemeinden, vor allem in der Sierra Juárez und in der Region Mixteca.

Der indigene Technologie-Korridor wurde mit der Installation einer Gemeinde-Mobilfunkanlage in San Pedro Yaneri vollendet. Dort wurde die Antenne auf dem höchsten Berg platziert, um so eine Reichweite bis hin zur Gemeindeverwaltung von San

Juan Tepanzacoalco zu gewährleisten.

Die Anlage ist solarbetrieben. Wer telefonieren will, kann für 42 Pesos (zwei Euro) pro Monat innerhalb des Netzes telefonieren. Anrufe zu Handys anderer Mobilfunkbetreiber kosten 98 Centavos pro Minute. 48 Centavos kosten Inlandsgespräche, 20 Centavos, wenn es sich um eine Nummer aus den Vereinigten Staaten handelt. Solarmodule, Batterien und die Büroausstattung wurden von der Gemeinde bezahlt. Die Investition betrug ca. 190.000 Pesos (knapp 9.000 Euro), einschließlich einer Mitarbeiterschulung, der Antenneninstallation, der Einrichtung der Signal-Übertragungsbasis und der Installation eines systemsteuernden Computers.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/indigene-mobilfunkanlage-mit-solarbetrieb-in-oaxaca/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonaal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwtel848.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonaal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Indigener Aktivist in Costa Rica erschossen

(Berlin, amerika21/poonaal) - Der indigene Aktivist Sergio Rojas Ortiz wurde am Abend des 18. März ermordet. Unbekannte Täter gaben in seinem Haus in Salitre im Süden des Landes mehrere Schüsse auf ihn ab. Rojas war führender Aktivist der Bribri-Indigenen und gehörte der Koordination der Nationalen Front Indigener Völker FRENAPI an. Gerade am Tag seiner Ermordung hatte Rojas Klage eingereicht, gegen die illegale Aneignung von indigenen Gebieten und die Zunahme der Drohungen gegen die indigene Gemeinschaft der Bribri.

Die Vereinten Nationen verurteilten den Mord an Rojas und forderten verstärkte Schutzmaßnahmen für die indigenen Gemeinschaften Costa Ricas. Die Organisation FRENAPI macht die Regierung des costa-ricanischen Präsidenten Carlos Alvarado für den Mord verantwortlich. Alvarado selbst bedauerte den Tod von Rojas und kündigte die Bildung einer Ermittlungsgruppe an. Verhaftet wurde bislang jedoch niemand.

Seit Jahren Enteignungen indigener Gebiete

Das Territorium der Bribri, das rechtlich den indigenen Gemeinden zusteht, ist seit Jahren umkämpft. Immer wieder kommt es zu Enteignungen durch nicht-indigene Gruppierungen. Rojas en-

gagierte sich seit mehreren Jahren für die Landrechte der Bribri und galt als einer der wichtigsten Aktivisten des Landes. Bereits im September 2012 überlebte [1] er einen Mordanschlag.

Aufgrund der anhaltenden Drohungen erhalten die indigenen Gebiete Salitre und Térraba bereits offiziell Schutzmaßnahmen durch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte. Dennoch kommt es immer wieder zu Gewalt und Landraub in den Gemeinden. Oft bleiben diese Taten ungestraft.

Forschungsgruppe: Gewalttaten keine Einzelfälle

Eine Forschungsprojekt der Fernuniversität UNED zeigt, dass der Mord an Rojas kein einzelner Gewaltakt war, sondern sich in eine lange Geschichte der Gewalt einreicht. Die Forscher*innen konnten von 2010 bis 2017 124 Gewalttaten nachweisen, die von nicht-indigenen auf indigene Personen ausgeübt wurden. Dazu zählen direkte physische Gewaltakte, wie auch das Niederbrennen von Häusern, Landraub und Bedrohung. Die Forschungsgruppe kritisierte zudem, dass von 2010 bis 2017 in nur 20 Prozent aller Berichte zur indigenen Bevölkerung Stimmen und Meinungen von indigenen Personen selbst berücksichtigt wurden.

Auch Lucy Rojas, Aktivistin und

Stefan Carl em Huisken



Neue Ufer

Salzküstengesang aus Ostfriesland

Freitag, 12. April 2019, 20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg. www.komm-du.de

Eintritt frei / Hutspende

Tochter von Sergio Rojas, sieht dies als großes Problem an und verdeutlicht noch einmal, dass ihr Vater auch nach seinem Tod noch verfolgt und verunglimpft wird. Auch deshalb fordert sie eine schnelle Aufklärung: "Wir als Kinder fordern die Regierung auf, den Fall genau zu untersuchen und Spuren und Hinweise zu folgen. Wir haben bestimmte Personen in Verdacht und wir fordern, dass in diese Richtung genauestens untersucht wird. Denn wir wissen, dass es Menschen gibt, die ihn bis in den Tod und darüber hinaus gehasst haben."

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/poona/mordanschlag-auf-indigenafuehrer-im-sueden-costa-ricas/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/indigener-aktivist-in-costa-rica-erschossen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0377.html>

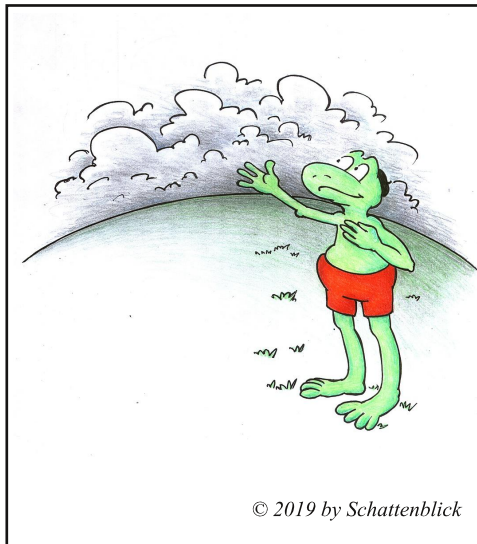
Inhalt Ausgabe 2886 / Donnerstag, den 11. April 2019

- 1 EUROPOOL - MEINUNGEN:
Rechtsextreme "Europäische Allianz" zu EU-Wahlen (Gerhard Feldbauer)
- 3 POLITIK - REDAKTION: Indien - egoparteiliche Aktionen ...
- 4 SCHACH-SPHINX: Indische Eigentümlichkeit
- 5 POLITIK - KOMMENTAR:
Wohnraum - wenn die Eigentumsfrage gestellt wird ...
- 7 POLITIK - WIRTSCHAFT:
Mexiko - Indigene Mobilfunkanlage mit Solarbetrieb in Oaxaca (poonal)
- 8 REPRESSION - FAKTEN:
Indigener Aktivist in Costa Rica erschossen (poonal)
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 11. April 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 11. April 2019

+++ Vorhersage für den 11.04.2019 bis zum 12.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Abgekühlt,
mit Wolkenflächen,
Jean-Luc fühlt
den Himmel sprechen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.